

Vortrag von Frau Bundesjustizministerin a.D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Institut für Staatswissenschaft am 5.11.2012

Die Vortragsreihe des Instituts für Staatswissenschaft im WS 2012/23 findet unter der Überschrift „Europa unter Schirmherrschaft“ statt. Traditionell werden Vortragende aus allen im Institut vertretenen Disziplinen eingeladen. Den Auftakt in diesem Semester machte Frau Bundesjustizministerin a.D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin zum Thema

*„Euro-Rettung, was wird aus der Demokratie in Europa?“.*

Frau Däubler-Gmelin berichtete über das Verfahren zum ESM vor dem Bundesverfassungsgericht, in dem sie zusammen mit dem Leipziger Universitätsprofessor Christoph Degenhart mehr als 37.000 Beschwerdeführer vertritt. Das einstweilige Anordnungsverfahren endete im September mit einem Urteil. Frau Däubler-Gmelin berichtete über die zentralen Aussagen aus diesem Urteil und hob dabei vor allem die Unterschiede zu den bisherigen „Europa-Entscheidungen“ seit der Lissabon-Entscheidung desselben Gerichts aus dem Jahr 2009 hervor. Für die Zukunft plädierte sie für die Einführung von europäischen Volksentscheiden zu wichtigen Integrationsfragen als Voraussetzungen von europaweiten Diskussionen und damit einer echten europäischen Öffentlichkeit. Nur so fühlten sich die Regierungen und Parteien in den EU-Mitgliedsstaaten dazu veranlasst, die Entwicklung in Europa mit ihren Vorzügen und Problemen in aller Öffentlichkeit zu vertreten und zu diskutieren. Gleichzeitig würde durch europäische Volksentscheide möglicherweise renationalisierende Wirkungen von innerstaatlichen Volksentscheiden verhindert. Schon heute erkenne sie starke Anzeichen für das Herausbilden einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit etwa in der Diskussion über die Finanzhilfen.

Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die Interpretation des Urteils und die Zukunft Europas im Zeichen der Finanzkrise.

